

Hilfspaket der Regierung treibt Österreichs Gemeinden in den Finanzkollaps

Durch Corona verlieren die Gemeinden 2 Milliarden Euro. Wie die Bundesregierung damit umgeht, zeigt, wie wenig sie die wertvolle Arbeit der Gemeinden kennt und schätzt. Denn ihr Paket deckt keine laufenden Kosten, führt zu hohen Schulden und bringt neue aufgeblähte Bürokratie. Die SPÖ drängt auf ein Modell, das den Gemeinden ihre Ausfälle vollständig ersetzt.

Die Gemeinden sind für das Leben der Menschen so wichtig, wie kaum etwas sonst. Sie sind für die Wasserversorgung, für Kinderbetreuung, die Pflege oder die Feuerwehr zuständig. All das kostet Geld – und das fehlt Corona bedingt unseren Gemeinden. ÖVP und Grüne haben ein „Hilfspaket“ vorgelegt, das die Gemeinden nicht retten wird, sondern sie weiter aushungert. Das SPÖ Paket bringt hingegen eine 100-prozentige Corona-Entschädigung und Planungssicherheit. Das stützt auch die lokale Wirtschaft, Unternehmen bekommen Aufträge von der Gemeinde.

ÖVP und Grüne treiben Gemeinden zu Schulden!

ÖVP und Grüne weigern sich, dass die Corona-Hilfsgelder auch für den laufenden Aufwand verwendet werden dürfen. Nur Investitionen sollen gefördert werden. Das geht an der Realität in vielen Gemeinden völlig vorbei: Durch Einnahmeausfälle fehlen den Gemeinden 2 Milliarden Euro, das schwarz-grüne Hilfspaket macht aber gerade einmal die Hälfte davon aus. Doch die Ausgaben bleiben gleich. Die Gemeinden müssen weiterhin Löhne zahlen, die Pflichtschulen instand halten und die Kinderbetreuung organisieren.













Viele Gemeinden hatten schon vor der Krise damit zu kämpfen, ausgeglichen zu budgetieren. Jetzt brechen die Einnahmen weg, aber die Regierung will für die laufenden Ausgaben

nichts freigeben. Geld soll es ausschließlich für Investitionen geben. Doch auch diese Investitionen will die Regierung nur maximal bis zur Hälfte decken. Wer also zuvor schon knapp bei Kasse war, muss jetzt zusätzlich Schulden aufnehmen, damit überhaupt Hilfsgelder fließen. Und nicht einmal die 50-prozentige Förderung ist garantiert – sie kann auch deutlich niedriger ausfallen.

SPÖ Paket: Schnelle und einfache Hilfe mit 100-prozentigem Corona-Ausgleich

Die SPÖ legt ein Modell für schnelle, unbürokratische Hilfe und vor allem einen vollen Ersatz der Ausfälle vor. Pro hauptgemeldetem Einwohner soll es 250 Euro vom Bund geben. Das gibt Planungssicherheit, die Gemeinden müssen sich nicht verschulden und werden nicht zum Bittsteller bei der Regierung. Die SPÖ will außerdem, dass Investitionen zu 100 Prozent gefördert werden – so wird wirklich allen Gemeinden geholfen.

Die Modelle im Vergleich:

SPÖ-Modell 2,2 Mrd. Euro	ÖVP-Grüne-Modell 1 Mrd. Euro
 Voller Ersatz des entgangenen 2,2 Mrd. Euro für Gemeinden	 Weniger als die Hälfte des Verlustes
 250 Euro pro Einwohner in der Gemeinde (hauptgemeldet)	 Kein fixer Betrag pro Einwohner
 Deckt laufende Kosten und Investitionen	 Nur für Investitionen
 100% Ausgleich	 50% Zuschuss, oder weniger
 Keine Kofinanzierung notwendig	 Mind. 50% müssen die Gemeinde selbst aufbringen
 Direkte Auszahlung durch den Bund	 Förderabwicklung durch Buchhaltungsagentur , die keine Erfahrung damit hat
31/8 Auszahlung bis 31. August 2020	?? Auszahlung nach Überprüfung des „mangelfreien und vollständig mit Unterlagen belegten“ Antrags